

Dessau zweiter Arbeitsmarkt / Stadträte sind jetzt gefordert Erwartungen vor der heutigen Sondersitzung der kommunalen Volksvertretung zu Konsequenzen aus neuen Bundesgesetzen

Von unserem Redakteur
RÜDIGERKRONE

Dessau/MZ. "Wie weiter mit der **DABS**?" - die Fragestellung, zu der PDS und Bündnisgrüne mit der hierfür erforderlichen Stimmzahl die Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrats erwirkt haben, sieht Frank Lehmann, Geschäftsführer der großen kommunalen Beschäftigungs- und Strukturförderungsgesellschaft **DABS** zu kurz gezielt. "Wie weiter mit der Arbeitsmarktpolitik in Dessau?", so müsse das Thema treffenderweise formuliert werden, meint er.

Mit Jahresbeginn ist das vom Bund verabschiedete Sozialgesetzbuch (SGB) III in Kraft, das speziell den zweiten Arbeitsmarkt völlig neu strukturiert. Die großen Beschäftigungsgesellschaften können nun nicht mehr selbst als Träger von AB-Maßnahmen agieren, da ist die Kommune gefordert. Schwieriger gestaltet sich auch die Bereitstellung des Eigenanteils am Finanzierungsbedarf. Eine erste Konsequenz: "Personalanpassung" im Bereich der Festangestellten der **DABS** - der gewandelten wirtschaftlichen Situation Rechnung tragend, mußten neun Mitarbeiterstellen abgebaut werden.

Werden sonst im Durchschnitt jeweils 800 Frauen und Männer in ABM beschäftigt, so seien es derzeit nur etwa 100, sagt Frank Lehmann. Es werden bald wieder mehr sein, aber durch das SGB III und das "Arbeitsförderungsreformgesetz" seien erhebliche Hürden aufgebaut, wenn trotzdem die erforderliche Entlastung auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden soll.

Politischer Druck auf Bundesebene, den Gegebenheiten namentlich in Ostdeutschland ehrlich ins Auge zu sehen, sei wohl erforderlich. Denn die neuen Gesetze - so habe es Brandenburgs Sozialministerin Regine Hildebrandt anschaulich beschrieben - hätten die großen Beschäftigungsgesellschaften auf Erbsengröße schrumpfen lassen, um sie nun zum Luftballon aufzublasen. Aber wenn Gesellschaften wie die **DABS** erst mal weit runtergefahren werden, wird's mit dem Wiederaufbau von Strukturen um so schwieriger, weiß Lehmann.

Was von den Stadträten bei diesem Thema erwartet werden müßte? Nicht nur ein allgemeines Bekenntnis, so meint der **DABS**-Geschäftsführer. Der Anpassungsprozeß der Gesellschaft sei kompliziert, die künftigen Arbeitsfelder - ob beispielsweise Dienstleister der Kommune für arbeitsmarktpolitische Aufgaben, Fördermittel-Akquisition, Projektmanagement oder ähnliches - müßten neu definiert werden.

Der neuen Gesetzeslage entsprechende vereinfachte Verfahren für aktive Dessauer Arbeitsmarktpolitik müßten entwickelt werden. Stadtverwaltung, Arbeitsamt und **DABS** mühten sich darum, aber sie müßten von den gewählten Volksvertretern ein klares politisches Signal hierfür erhalten. Bekenntnis zur langfristig unersetzlichen Funktion des zweiten Arbeitsmarktes seien erforderlich - und Konsequenzen, die daraus in der Kommunalpolitik gezogen werden müssen. Auch die entsprechende Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Arbeit der **DABS** gehöre nun dazu, obgleich Dessau in Sachsen-Anhalt bereits eine Vorreiterrolle spielt, wie Lehmann anerkennt. "Die Stadt war und ist Nutznießer unserer Arbeit auf den verschiedensten Ebenen. Jetzt ist für uns finanziell das Ende der Fahnenstange erreicht - die Weiterarbeit der Gesellschaft müsse dringend gesichert werden, Überlegungen zu Ausgleichsmöglichkeit seien noch nicht voll ausgereift. Ein Beschluß des Stadtrats, der zunächst die Arbeitsfähigkeit der städtischen Beschäftigungsgesellschaft finanziell absichert, müßte her.

Bisherige Signale aber sind nach Lehmanns Meinung noch zu schwach. "Vom wachen Interesse des Stadtrats habe ich als Geschäftsführer der großen Beschäftigungsgesellschaft Dessaus relativ wenig verspürt", sagt er. Auch eine Berichterstattung im Stadtrat sei auf Initiative der **DABS** selbst zustande gekommen, und sie liege nun schon viele Monate zurück.

"Ich habe damals schon mehr Unterstützung unserer Arbeit aus dem politischen Raum angemahnt. Seitdem ist im Stadtrat zu diesem Thema gar nichts passiert", stellt der **DABS**-Geschäftsführer nüchtern fest. Die heutige Sondersitzung könnte es wenden.

Quelle:	Mitteldeutsche Zeitung vom 14.04.1998
Dokumentnummer:	2BE691067B8470817E7E89ECB694200B

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.genios.de/document/MZ_a0a32c36d81bac5ab14a01e4a5f3c0d9c6fda8ec

Alle Rechte vorbehalten: (c) Mitteldeutsche Verlags- und Druckhaus GmbH